Nr. 90. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Mittwoch, 22. Februar 1899.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Grassmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 M. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abend-Ausgabe.

Zur Invaliden-Versicherung.

Zum Invaliden-Versicherungs-Gesetzentwurf nahmen der Verein zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln sowie der Berg- und Hüttenmännische Verein zu Siegen in einer gemeinsam zu Düsseldorf abgehaltenen Versammlung unter dem Vorsitz des Kommerzienraths Servaes-Ruhrort Stellung. Nach einem eingehenden Referat des Abg. Dr. Beumer wurden folgende Beschlüsse einstimmig angenommen:

1. Entsprechend den Beschlüssen zu dem 1897 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, betr. die Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, hält die niederrheinisch-westfälische Industrie die Zusammenlegung der Invaliditäts- und Altersversicherung mit anderen Zweigen der Arbeiterversicherung und demgemäß auch die Verschmelzung der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung in eine diese drei Zweige der Versicherung in sich vereinigende Organisation für wünschenswerth. Mit dem neuen Entwurfe erkennt sie das Dasein zwingender Gründe für die Herbeiführung einer solchen Vereinigung nicht an und muß sich gegen jeden derartigen Versuch um so mehr ablehnend verhalten, als vorhandenen Mängeln im Rahmen der bestehenden Organisation abgeholfen werden kann.

2. Mehrere Bestimmungen des neuen Entwurfs sind geeignet, eine Reihe von Mißständen zu beseitigen, die bei der Durchführung des Gesetzes hervorgetreten sind. In dieser Richtung erkennen wir aber die von den Motiven so warm empfohlenen örtlichen Rentenstellen nicht geeignet werden, gegen deren Einrichtung sich die Industrie mit aller Entschiedenheit erklären muß. Sie erblickt in der Errichtung derselben eine Förderung der sozialdemokratischen Agitation, der durch diese staatliche Einrichtung eine neue Stelle erweiterter Wirksamkeit und vermehrten Einflusses gegeben wird. Außerdem befürchtet sie von ihr eine Erschütterung der Einheitlichkeit in der Praxis der Rentenbewilligung und eine Quelle von Konflikten zwischen den Rentenstellen und den Versicherungsanstalten. Die bisher hervorgetretenen Unzuträglichkeiten, die zum Theil in dem seiner Zeit überhasteten Abschluß des Gesetzes ihren Grund haben, zum Theil als Mängel darstellen, die jeder Uebergangsperiode anhaften, werden auch ohne die Errichtung örtlicher Rentenstellen, die übrigens mit unverhältnißmäßig hohen Kosten verbunden sein würde, schwinden, je mehr an die Stelle des Uebergangsstadiums feste, normale Verhältnisse treten, und je mehr sich das Gesetz in die weiteren Kreise der Bevölkerung einlebt.

3. Die bezüglich des Markensystems und der Erhebung der Beiträge vorgeschlagenen neuen Bestimmungen werden für geeignet gehalten, das Verfahren zu erleichtern und die Erhebung der Beiträge mehr als bisher sicherzustellen, es wird anerkannt, daß es auf Weiteres die Rentenbemessung nach Arbeitsdauer und Lohnhöhe und in Verbindung damit auch das Markensystem beizubehalten sei.

4. Die in Vorschlag gebrachte anderweitige Vertheilung der Rentenlast und die damit verbundene Auftheilung des Vermögens kann nicht als gerechtfertigt anerkannt werden. Wenn einzelnen Versicherungsanstalten das vielleicht nur vorübergehend vermögensrechtliche Mißverhältniß zwischen dem erforderlichen Deckungskapital und dem vorhandenen Vermögen überhaupt ein dauerndes werden sollte, so darf demselben durch die Konfiskation eines Theiles des angesammelten Vermögens günstiger situirter Anstalten schon um deswillen nicht abgeholfen werden, weil darin eine schwere Beeinträchtigung der versicherten Arbeiter liegen würde. Auch bedingt das vorgeschlagene Verfahren den Weg einer sozialistischen Auftheilung des Kapitals, der zu den bedenklichsten Konsequenzen führen kann, und insbesondere zu einer verhängnißvollen Lähmung des Interesses an einer weiteren Vermögensbildung innerhalb der einzelnen Versicherungsanstalten zweifellos beitragen würde.

5. Gegen die im Entwurf vorgeschlagene wesentliche Erhöhung der Grundbeträge der Invalidenrente und die dementsprechende Minderung der Steigerungssätze muß Einspruch erhoben werden, da einerseits Billigkeitsgründe in keiner Weise für diese Maßnahme angeführt werden können, andererseits mit der aus der „Gemeinlast“ zufallenden Erhöhung insofern eine große Gefahr verbunden ist, als sie das Interesse der einzelnen Versicherungsanstalten an einer weiteren Vermögensbildung hintanhält. Auch würde die Minderung der Steigerungssätze das Interesse der Versicherten an der richtigen Verwendung der Marken wesentlich abschwächen. Hauptsächlich aber spricht gegen diese Maßregel, daß eine große Verschiebung in der Gewährung der Renten eintritt, die dadurch ungerecht wirkt, daß diejenigen Versicherten, welche verhältnißmäßig wenig beigetragen haben, höhere Renten erhalten, die länger und mehr Zahlenden aber weniger bekommen.

6. Gegen die Bestimmung des Entwurfs, nach welcher die Landeszentralbehörde befugt sein soll, gegen den von dem Ausschuß der Versicherungsanstalten aufgestellten Entwurf des Voranschlags Anstände zu erheben, und wenn diese nicht beseitigt werden, den vom Ausschusse festgestellten Plan entsprechend zu ändern, muß, wie gegen alle das Prinzip der Selbstverwaltung einschränkende Vorschriften des Entwurfs, Verwahrung eingelegt werden.

Die Vorgänge in Frankreich.

Wir haben bereits den Inhalt der Botschaft Loubets mitgetheilt, dieselbe wurde gestern Nachmittag gleichzeitig im Senat und in der Kammer verlesen. Im Senat rief dieselbe große Befriedigung hervor. In der Kammer fand die Botschaft bei einem Theil der Abgeordneten der Rechten Widerspruch. Die Rechte protestirte ganz besonders bei der Erklärung Loubets, daß seine Wahl auf den Wunsch derjenigen Abgeordneten und Senatoren zurückzuführen sei, welche die republikanische Vereinigung wieder herstellen wollen. Der Passus, worin Loubet erklärt, ein Theil von Verirrten versuche das Zutrauen des Landes in seine Konstitution zu erschüttern, gab der Rechten Anlaß zu Protesten. Im Uebrigen wurde die Botschaft auch in der Kammer günstig aufgenommen. Die Tribünen waren nur mäßig besetzt. Am Ministertische fehlten mehrere Minister.

In der Sitzung des Senats verlas Minister Lebret die Botschaft des Präsidenten, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Senator Bisseuil legte den Bericht der Kommission für die Vorlage betreffend das Revisionsverfahren vor. Sodann wurde einstimmig und ohne Debatte die Kreditforderung für das Leichenbegängniß des Präsidenten Faure bewilligt. Nachdem noch ein provisorisches Budgetzwölftel bewilligt worden war, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Bureaux des Senats haben beschlossen, angesichts der Maßregeln, welche die Regierung gegen die Wiederkehr von Straßenkundgebungen getroffen hat, die bezügliche Interpellation zu vertagen.

Die Deputirtenkammer war überfüllt. Die Verlesung der Botschaft durch Dupuy wurde mehrmals von Beifall unterbrochen und anhaltender Beifall erscholl beim Schlusse der Verlesung. Berteaux beantragte, die Lieferung der am Donnerstag fälligen Börseneffekten auf Freitag zu verschieben, da die Börse am Donnerstag geschlossen sei. Der Antrag wurde genehmigt und die Kammer sodann bis Freitag vertagt.

Die Botschaft Loubets machte im republikanischen Lager einen ausgezeichneten Eindruck, wogegen die Antisemiten und Nationalisten absolute Feindseligkeit bekunden.

Der Hinweis der Botschaft auf einige „Versuche, die das Vertrauen des Landes auf seine Institutionen zu erschüttern suchten“, gefallen den Nationalisten und Antisemiten nicht; es scheint, daß die Regierung es den Präsidenten gegenüber nicht an Wachsamkeit wird fehlen lassen. Die Gruppen des Appells an das Volk waren schon vor dem Tode Felix Faures zu einer Generalversammlung für Sonntag, den 19. Februar, in ihrem gewöhnlichen Lokal in der Gegend des Marsfeldes eingeladen. In Folge der Ereignisse wurde aus der Versammlung ein Meeting in einem viel größeren Lokale, der Salle des Mille Colonnes, wo nicht blos Imperialisten, sondern auch Nationalisten und Antisemiten sich zusammenfanden, um einträchtig „Nieder mit Loubet! Demission! Panama!“ zu schreien. Außer dem Präsidenten der bonapartistischen Komitees des Seinedepartements, Baron Legoux, dem Abgeordneten Cuneo d'Ornano, der auf dem Versailler Kongresse „Vive l'empereur!“ geschrieen hatte, traten mehrere Redner mit italienischen Namen, Ottaviani, de Mora Giaffieri und andere, offenbar Korsen sowie der Antisemit Lasies auf. Der Letztere wiederholte seine bekannte Theorie, was nicht rein französischen Ursprungs sei, müsse in Frankreich unschädlich gemacht werden, und dann werde sich das Uebrige von selbst ergeben. Der Präsident der „unabhängig-republikanisch-revolutionären Jugend“, Richard, verhieß den Imperialisten, welche die gegenwärtige Regierung und das Parlament hinausjagen wollen, seinen Beistand, und de Mora Giaffieri wünschte ihm dazu Glück, indem er erklärte, zwischen den wahren Republikanern und Bonapartisten bestehe kein wesentlicher Unterschied. Zur Bestätigung dieser Worte erhoben sich im Saale die Rufe: „Es lebe die Republik! Es lebe Napoleon!“ Nicht weniger als vier Tagesordnungen wurden sodann in Vorschlag gebracht und genehmigt. Die erste erklärt, daß die Regierung gegen den Willen des Volkes zu Stande kam; die zweite und dritte sind vorwiegend antisemitisch; die vierte dankt Cuneo d'Ornano dafür, daß er dem Volke Worte des Trostes und der Hoffnung bei den schließlichen Leiden der Persönlichkeiten und der nationalen Souveränität brachte. Nach dem Meeting zerstreuten sich die Theilnehmer nach verschiedenen Richtungen, um zu manifestiren, wurden aber daran verhindert. Die „Veterane des Appells an das Volk“ suchten den Quai d'Orsay zu erreichen und hatten schon auf eine mitgebrachte Fahne den kaiserlichen Adler gesteckt, mußten ihn aber auf Befehl der Polizeiagenten herunternehmen und ihre Kundgebung auf einen gelegeneren Augenblick verschieben.

Das Komitee der Liga des französischen Vaterlandes, das Nachmittags versammelt war, beschloß, trotz des Abfalls einer Anzahl Mitglieder bei der bisherigen Haltung zu verharren. Das Komitee will die Proklamation des Präsidenten nicht beantworten, sondern nur Unterschriften sammeln will. Das Komitee hält heute eine neue Berathung ab. Der „Soir“ nennt die Proklamation Loubets das Pensum eines schlechten Schülers und sagt, er habe seine Situation noch durch die Rücksichtslosigkeit verschlimmert, mit der er eine Opposition von dreißig Millionen Bürgern behandele. Die „Presse“ sagt, die Proklamation sei so mittelmäßig wie die Persönlichkeit Loubets.

Zahlreiche Mitglieder der Patriotenliga, darunter Brunetière, Boissier, Heredia, Haussonville, sind wegen der Kundgebungen gegen das Staatsoberhaupt und der Verbindung Coppés und Lemaîtres mit den Antisemiten ausgetreten.

* * *

Die Mitglieder der deutschen Abordnung für das Leichenbegängniß Felix Faures trafen gestern Nachmittag 6 Uhr, von Köln kommend, auf dem Nordbahnhofe in Paris ein und wurden dort von Major Nicolas vom Militärstaat des Präsidenten der Republik und von Sainte Ollive, Attachee beim „Protokoll“, empfangen. Nach der Begrüßung begab sich die Abordnung zur deutschen Botschaft.

* * *

Ein Berichterstatter des „Figaro“ hat die alte Mutter des Präsidenten Loubet auf dem Bauernhofe aufgesucht, wo sie noch selbst schaltet. Es ist eine stattliche Besitzung, die zu der Gemeinde Marsanne, 15 Kilometer von Montelimar, gehört und der Familie des bisherigen Senatspräsidenten als Sommeraufenthalt diente. An beiden Seiten der Landstraße stehen Maulbeerbäume und in den Wiesen fangen Mandelbäume und Pfirsichbäume zu blühen an. Die alte Frau empfing den Gast in ihrer einfachen Schlafstube, deren Hauptschmuck eine Photographie ihres verstorbenen Gatten und ein Heiligenbild sind. Sie saß auf einem niedrigen Stuhle mit hoher Lehne, einer „Chauffeuse“, am Kamin, das noch rosige, rundliche Gesicht von der dichten Krause einer weißen Haube eingerahmt, die Hände auf einer neuen blauen Schürze gefaltet. Als man ihr sagte, der fremde Herr habe ihren Sohn nach der Wahl in Versailles gesehen, er befinde sich wohl und habe zufrieden geschienen, da richtete sie einen etwas langen Blick auf den Besucher und sagte: „So, zufrieden? Ich bin aber gar nicht zufrieden.“ Beim Empfange des Telegramms ihres Enkels, das ihr die Wahl seines Vaters meldete, brach die Sechsundachtzigjährige in die Worte aus: „Ach, der Aermste! Was wird er Alles auszustehen haben!“

Der neue Präsident führte bisher ein ganz patriarchalisches Leben im Schooß seiner Familie und er wird den Franzosen allerdings nicht durch seine Prunkliebe imponiren, wie sein Vorgänger. Außer einer verheiratheten Tochter, deren Gatte ein Richteramt in Marseille bekleidet, hat Herr Loubet zwei Söhne, von denen der ältere sein Privatsekretär ist und seine Rechtsstudien schon beendigt hat, während der jüngere, ein Nesthäkchen, noch zu den A B C-Schützen gehört. Dennoch hofft die Pariser Schuljugend schon, der „kleine Loubet“ werde ihr einen Ferientag erwirken, wie der kleine Casimir Perier, dem seine Kameraden im Lycee Condorcet in den Ohren lagen, bis sie ihren Urlaub hatten.

Aus dem Reiche.

Bei der gestrigen Wiedereröffnung der **zweiten badischen Kammer** gedachte Präsident Gönner des Hinscheidens des ersten Reichskanzlers Fürsten Bismarck und feierte ihn als größten Staatsmann des Jahrhunderts. Dann gedachte der Präsident des unerwarteten Ablebens des Reichskanzlers Grafen Caprivi, dessen Verdienste um das deutsche Reich demselben ein ehrendes Andenken sichern werden. Die Abgeordneten sämtlicher Parteien hatten sich während der Ansprache des Präsidenten von ihren Plätzen erhoben. — In Berliner Blättern wird die **Errichtung eines Bismarckhauses** in Berlin angeregt, eines monumentalen Baues, der Erinnerungszeichen aller Art zu einem beredten Denkmal für den Baumeister des deutschen Reichs an der Stätte seiner Hauptwirksamkeit vereinen soll. — Im Abgeordnetenhause ist von der konservativen Fraktion der Antrag eingebracht worden: „die Staatsregierung aufzufordern, mit der Stadt Berlin wegen deren Betheiligung an den **Kosten des Berliner Thiergartens** in Verhandlung zu treten.“ — Der diesjährige **Deutsche Anwaltstag** wird vom 7.—9. September in Mainz abgehalten werden. — Der Reichskanzler hat dem **Entwurfe eines Innungsverbandes,** der das ganze deutsche Reich umfassen sollte, die erbetene Genehmigung nicht ertheilt. — Ueber die **Aufwendungen der städtischen Verwaltungen für Hochbauten** giebt das mehrerwähnte „Stat. Jahrb. deutsch. Städte“ eine vergleichende Uebersicht, an der 45 Städte betheiligt sind. Die Zahlen beziehen sich auf das Rechnungsjahr 1895 oder 1895—96. Darnach hatten 5 Städte Aufwendungen für Hochbauten von mehr als 3 Millionen Mark. An der Spitze steht Berlin mit 3 764 263 Mark, dann folgen München mit 3 549 958, Breslau mit 3 323 106, Nürnberg mit 3 090 536 und Köln mit 3 072 234 Mark. Die Ausgaben für Tiefbauten waren am bedeutendsten in Berlin mit 10 290 440; dann folgen Hamburg mit 7 052 207, Köln mit 5 729 801, München mit 5 544 739, Kassel mit 4 083 088, Stettin mit 3 457 697, Dresden mit 3 414 330 Mark. — Die würtembergische Regierung hat den Ständen ein **neues Biergesetz** vorgelegt. Die Biersteuerung bildet in Würtemberg seit Jahrhunderten eine erhebliche Einnahmequelle des Staates. Gegenwärtig deckt die Steuer von dem zur Bierbereitung verwendeten Malze über 11 Prozent des gesamten Staatsbedarfs. Das neue Gesetz giebt eine neue Kodifikation der Malzsteuergesetzgebung, sieht aber zugleich eine Reihe wichtiger Aenderungen und Ergänzungen vor. So ist in Anlehnung an die baierische und badische Gesetzgebung und in Berücksichtigung der von den würtembergischen Landständen ausgesprochenen Wünsche ein Verbot der Verwendung von Malzsurrogaten aufgenommen worden bei Strafe von 30—10 000 Mark. Von Bedeutung ist sodann die neue Steuerabstufung mit Erleichterungen für kleine und mittlere und einer mäßigen Höherbelastung für die Bierbrauer. Der Normalsatz beträgt 10 Mark. Aber durch eine Abstufung wird für die kleinen Brauer derselbe Normalsatz erreicht wie in Baden, wo er nur 8 Mark beträgt. Das Gesetz soll am 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

Deutschland.

Berlin, 22. Februar. Wie aus Rom gemeldet wird, findet zwischen dem Papst und dem Zaren ein Briefwechsel statt wegen der Einladung des Vatikans zur Abrüstungskonferenz. Eine weitere Meldung besagt, daß in Folge der Haltung mehrerer Mächte gegenüber der Theilnahme des Vatikans an der Abrüstungskonferenz eine Einladung an den päpstlichen Stuhl nicht ergehen dürfte. Der Vatikan dürfte aus freien Stücken selbst darauf verzichten.

— Der Kaiser, dessen Ankunft Ende dieses Monats oder Anfangs März in Wilhelmshafen erwartet wird, wird während seiner Anwesenheit an Bord des Flaggschiffs des 1. Geschwaders, des Linienschiffs „Kaiser Friedrich III.“, Wohnung nehmen, woselbst ein Salon nebst Arbeits- und Schlafzimmer in dem oberen Aufbau des Achterdecks eigens für den Monarchen neu eingerichtet sind und nur von ihm benutzt werden. Das genannte Flaggschiff hat seine Winterinstandsetzungsarbeiten beendet und befindet sich in der Ausrüstung für die bevorstehende Sommerkampagne. Gestern wurde bereits mit der Uebernahme der Munition begonnen. Der Kaiser wird sich nach erfolgter Rekrutenvereidigung, für welche noch kein Tag bestimmt ist, und Besichtigung des am 2. oder 3. März nach Kiautschou abgehenden Ablösungstransports mit dem genannten Flaggschiff nach Helgoland begeben und bei günstigem Wetter eine Besichtigung der Uferschutzbauten auf der Düne vornehmen, von wo aus die Reise über Bremerhafen nach Bremen fortgesetzt wird.

— Das Herrenhaus hat gestern den Gesetzentwurf betreffs des Charfreitags an eine Kommission verwiesen, in der man zu einer Verständigung zu gelangen hofft. Der Kultusminister Dr. Bosse hatte sein Erstaunen über den Widerspruch ausgedrückt, den die Vorlage in der klerikalen Presse und seitdem auch in einer Eingabe der Bischöfe erfahren; die Regierung habe auf solchen Widerspruch nicht gefaßt sein können, da selbst katholische Geistliche im Abgeordnetenhause früher nichts Erhebliches gegen die Ausdehnung eines Rechtszustandes, welcher in sieben Achteln des Staatsgebietes gelte, auf das letzte Achtel eingewendet hätten. Der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Kopp, wollte gleichwohl darthun, daß für die Katholiken Grund zur Beunruhigung vorliege, er hoffe aber auf Verständigung in der Kommission. Es bleibt abzuwarten, worin diese bestehen soll. Heute u. A. Kommunalbeamtengesetz.

— In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank führte dem „Reichs-Anzeiger“ zufolge der Bankpräsident Wirkliche Geheime Rath Dr. Koch aus, daß seit der am 17. v. M. erfolgten Herabsetzung des Diskonts die Lage sich weiter verbessert habe. Die Anlage sei um 153 Millionen Mark zurückgegangen und nur um 36 Millionen höher als 1898, 15 Millionen höher als 1897. Das Metall habe um 68 Millionen zugenommen, bleibe allerdings noch um 73 Millionen kleiner als 1898, 30 Millionen kleiner als 1897. Es sei eine steuerfreie Notenreserve von 176 Millionen Mark vorhanden, wenngleich 93 Millionen weniger als 1898, 91 Millionen weniger als 1897. Noch länger auf dem hohen Diskont von 5 Prozent zu verbleiben, lasse sich hiernach nicht rechtfertigen, zumal die fremden Wechselkourse uns günstig seien. Indessen sei der Privatdiskont fortdauernd hoch, seit dem 15. d. M. in Berlin $3\frac{3}{4}$ Prozent. Ein Herabgehen der Zinssätze am offenen Markt sei mit Rücksicht auf manche schwebende Finanzoperationen kaum zu erwarten. Da überdies der politische Horizont nicht völlig ungetrübt sei, so empfehle es sich, die Diskontermäßigung zunächst auf ein halbes Prozent zu beschränken. Ohne Diskussion stimmte hierauf der Zentralausschuß der Herabsetzung des Wechseldiskonts auf $4\frac{1}{2}$ Proz., des Lombardzinsfußes auf $5\frac{1}{2}$ Prozent bei. Sodann wurde der Verwaltungsbericht für das Jahr 1898 nebst der Bilanz und der Gewinnberechnung verlesen, ebenso das von den Deputirten des Zentralausschusses nach Prüfung der Bücher erstattete Gutachten. Dasselbe wird von dem Reichsbank-Direktorium nebst dem Berichte dem Reichskanzler zur definitiven Festsetzung überreicht werden. Nachdem noch eine Gattung Provinzial-Obligationen zur Beleihung im Lombardverkehr zugelassen worden, wurde die Sitzung geschlossen.

— Herr von Schenckendorff in Görlitz hat an den Zentralvorstand der nationalliberalen Partei die Anzeige erstattet, daß er die Kandidatur für die bevorstehende Landtags-Ersatzwahl im Kreise Naumburg-Weißenfels-Zeitz nicht aufrecht erhalte. Die Kandidatur sei ihm zu einem Zeitpunkt angetragen worden, als eine einheimische nationalliberale Kandidatur nicht bestand, und er habe sich mit dem Gedanken an die Kandidatur nur in der Voraussetzung vertraut gemacht, daß die Partei im Kreise selbst einen Kandidaten nicht finden könne. Nachdem Rittergutsbesitzer Dippe erklärt habe, daß er der nationalliberalen Fraktion beitreten wolle und von einem Theile der nationalliberalen Vertrauensmänner festgehalten werde, bestehe lediglich innerhalb des Kreises unter den Parteigenossen selbst ein Gegensatz, und die Aufrechterhaltung einer anderen Kandidatur würde lediglich den Zwiespalt in der Partei des Wahlkreises fortbestehen lassen. Er ziehe deshalb seine Kandidatur dankend zurück, ungeachtet des Beschlusses, den die vereinigten drei Parteivorstände der nationalliberalen Partei des Wahlkreises am 15. ds. zu Weißenfels mit 12 gegen 6 Stimmen gefaßt haben, wonach seine Kandidatur trotzdem aufrecht erhalten werden sollte.

— In Sachen der Wiederbesetzung des Bischofsstuhles in Osnabrück sprach eine Osnabrücker Nachricht der „Germania“ davon, die „Aufregung dortselbst und in der Diözese wegen der Verzögerung der Bischofswahl wachse zusehends. Die Zurückhaltung der Kandidatenliste in Berlin finde man unbegreiflich; die bedauerlichsten Gerüchte seien im Umlauf“. Hierzu schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Von einer Zurückhaltung der Kandidatenliste für die Osnabrücker Bischofswahl in Berlin kann keine Rede sein. Unverzüglich nach Eingang der Liste hat die Regierung die erforderlichen Ermittelungen über die einzelnen Kandidaten angestellt. In einem Falle ist nach Eingang des betreffenden Berichtes noch eine Rückfrage nothwendig gewesen. Sobald das Material beisammen ist, wird die Entscheidung herbeigeführt werden. Uebrigens ist die seit Eingang der Liste verstrichene Zeit nichts weniger als auffallend lang. Die königliche Staatsregierung hat an der Vakanz in Osnabrück kein Interesse. Je schneller der bischöfliche Stuhl dortselbst besetzt wird, desto lieber ist es ihr.

— Ueber die Verstärkung des englischen Heeres wird jetzt aus London, 21. Februar, gemeldet: Aus den soeben veröffentlichten Voranschlägen des Heeresbudgets für 1899—1900 ergiebt sich eine sofortige Erhöhung der Ausgaben um 1 091 700 Pfd. Sterl. und eine Vermehrung der Mannschaften um 7493, Indien nicht eingerechnet. Die im letzten Jahre gemachten Erfahrungen, heißt es im Motivenbericht, lassen eine schnelle Verwirklichung der geplanten Verstärkung des Heeres angezeigt erscheinen. Alle Batterien der berittenen Feldbatterie sollen eiligst in schnellfeuernde Geschütze umgewandelt, fünf neue Batterien Feldartillerie noch in diesem Jahre, zehn andere bis zum Jahre 1901 fertiggestellt werden. Im großen Maßstabe soll auch die Neuarmirung der Vertheidigungswerke im Mutterlande und in den Kolonien im Einverständniß mit den Marinebehörden in Angriff genommen werden. — Es scheint, daß demnach die Mobilmachung der englischen Flotte auch bezüglich der längst als nothwendig erkannten, von den Engländern aber nur sehr zögernd und vorsichtig in Angriff genommenen Heeresreform ein etwas rascheres Tempo veranlaßt hat.

— Dem Bericht über die Thätigkeit der Reichskommission für das Auswanderungswesen während des Jahres 1898, welcher dem Reichstag zugegangen ist, entnehmen wir Folgendes:

„Die Auswanderung über Bremen hat sich im Jahre 1898 auf 60 486 Personen belaufen und gegen das Vorjahr eine Zunahme von 13 688 Personen aufzuweisen. Die Zunahme bezieht sich jedoch nur auf die ausländischen Auswanderer, während die deutsche Auswanderung noch um 733 Köpfe gegen das Vorjahr zurückgeblieben ist; es befanden sich unter den Auswanderern nur 8826 Deutsche. Der Auswandererstrom nahm wieder zumeist die Richtung nach Nordamerika. Der Norddeutsche Lloyd verfügte Ende 1898 über 52 transatlantische Dampfer, von denen 45 zur Beförderung von Passagieren dienen. Nach dem Inkrafttreten des Auswanderungsgesetzes hat sich sowohl bei der Behörde als auch bei den das Auswanderungsgeschäft Betreibenden die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß dasselbe heilsam für das gesamte Auswanderungswesen geworden ist, indem es nicht nur gut geregelte Zustände geschaffen, sondern auch minder zuverlässige Elemente aus dem Geschäftsbetrieb entfernt hat. Schwierigkeiten bei der Durchführung der neuen Vorschriften entstanden nur zu Anfang, und zwar namentlich für die mit der indirekten Beförderung beschäftigten Linien, da auf deren Schiffen, die mehr für den Fracht- als den Passagierverkehr zwischen Bremen und Großbritannien eingerichtet waren, besondere Auswandererräume, Hospitäler ꝛc. zunächst fehlten und erst mit größerem Kosten- und Zeitaufwande hergestellt werden mußten.

Ueber Hamburg wanderten 39 882 Personen aus, darunter 8170 Deutsche, wiederum meistentheils nach Nordamerika. Die Thätigkeit des Reichskommissars wurde durch das Inkrafttreten des neuen Auswanderungsgesetzes erheblich gesteigert. Es haben sich jedoch wesentliche Schwierigkeiten bei dem Uebergange durch die Zuvorkommenheit der Auswandererbehörde und der Schifffahrtsgesellschaften vermeiden lassen. Die durch die größeren Rhedereien mit ihren gut eingerichteten Schiffen bewirkte direkte Beförderung wurde auch hier durch das neue Gesetz weniger betroffen, als der indirekte Verkehr mit den kleineren Dampfern nach England.

Von Stettin aus endlich wurden ausschließlich nach Nordamerika 610 Zwischendeckspassagiere befördert, darunter 177 Deutsche.“

Das Bild, welches der Bericht entwirft, zeigt also, daß der Auswanderungsstrom im Ganzen ebenso stockt wie in den letzten, für die Entwickelung der heimischen Industrie günstigen Jahren, und daß anderseits das Auswanderungsgesetz nicht ohne erheblichen Einfluß auf die bessere Beförderung der Zwischendeckspassagiere auf den fremden Schiffen gewesen ist.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 21. Februar. Der designirte Ministerpräsident Szell hat mit den Führern der Opposition bereits konferirt und das größte Entgegenkommen gefunden. Es ist gegründete Hoffnung, daß sowohl das Kompromiß, als auch die Kabinetsbildung bis Ende dieser Woche beendigt sein werden, worauf sich Szell voraussichtlich am Sonnabend nach Wien begiebt, um dem Monarchen Bericht zu erstatten und die Ministerliste vorzulegen. Es verlautet, daß der Finanzminister Dr. v. Lukacs, der Honvedminister Baron Fejervary, der Minister a latere Graf Szechenyi und der Kultusminister Dr. v. Wlassics in das neue Kabinet eintreten sollen. Von neuen Ministern wird nur der Referent der Budgetkommission Alexander Hegedues als Kandidat für das Handelsministerium genannt.

Die Gerüchte von einer Spaltung der liberalen Partei sind vollkommen unbegründet; es gilt sogar als völlig unwahrscheinlich, daß einzelne Mitglieder austreten werden. Jene Gruppe der Dissidenten, welche in Folge der Lex Tisza die Regierungspartei verlassen hat, dürfte demnächst wieder in den Verband der Partei eintreten. Nach dem heute erzielten Resultat kann der Erfolg der Mission Szells als gesichert gelten.

Italien.

Rom, 20. Februar. Die Bemühungen Frankreichs, vom Vatikan die Ernennung eines apostolischen Delegaten zu Peking in der Person eines französischen Geistlichen zu erlangen, sind bis jetzt ohne Erfolg gewesen. Diese Versuche verdienen aber gleichwohl im Auge behalten zu werden, da an ihrem Gelingen oder Mißlingen alle Mächte interessirt sind, die an der Erschließung Chinas in irgend einer Weise betheiligt sind. Zum bessern Verständniß der Angelegenheit muß man bis auf die Absicht des Vatikans zurückgehen, mit China durch Errichtung beiderseitiger diplomatischer Vertretungen in unmittelbaren Verkehr zu treten. Dieser Absicht hat sich bekanntlich Frankreich entschieden widersetzt, weil es durch die Errichtung einer amtlichen Vertretung der Kurie in Peking des großen Einflusses verlustig gehen würde, den es als traditionelle Schutzmacht der Christen im Orient bisher auch im Reich der Mitte auszuüben im Stande war. Um nun die Wünsche der Kurie mit den Ansprüchen Frankreichs zu versöhnen, verfiel man auf den Ausweg, nur einen apostolischen Delegaten ohne den Titel eines außerordentlichen Gesandten in Peking zu ernennen, der demnach formell keine diplomatische Persönlichkeit, sondern nur der Vertreter der Kurie gegenüber dem in China befindlichen katholischen Klerus sein würde und diplomatische Geschäfte nur durch die Vermittlung des Gesandten der französischen Republik in Peking ausführen könnte. Würde auf diesen Posten ein Franzose gestellt, so würde begreiflicherweise der Einfluß Frankreichs in allen Angelegenheiten der katholischen Kirche im Reiche der Mitte nur desto mehr befestigt; gegen diese Abhängigkeit von der französischen Gesandtschaft in Peking sträuben sich aber naturgemäß alle katholischen Missionen anderer Nationen, unter ihnen auch die deutsche, der es bisher gelungen ist, unter Umgehung des französischen Protektorats unmittelbar mit Rom zu verhandeln. Die Persönlichkeit, die von französischer Seite für die apostolische Delegation zu Peking in Vorschlag gebracht wurde, ist der Generalsekretär der Lazzaristen-Missionäre, Pater Battembourg, der sich sowohl bei der französischen Regierung wie beim Papst hohen Ansehens erfreut und dem französischen Einfluß in China große Dienste zu leisten befähigt erscheint. Aber

obwohl der Kardinal-Staatssekretär Rampolla die auch von französischen Kardinälen befürwortete Ernennung Battembourgs zum apostolischen Delegaten begünstigt, hat sich bis jetzt der Papst nicht dazu entschließen können, offenbar, weil er sich nicht verhehlt, wie viel Unzufriedenheit diese Bevorzugung des französischen Einflusses bei den andern in China interessirten Nationen erregen müßte. Da nun gar der Vatikan neuerdings sich geneigt erklärt hat, den Pater Battembourg zum französischen Kardinal bei der Kurie zu ernennen, was doch nur als eine Entschädigung für die Ablehnung des französischen Vorschlags gelten kann, so darf man sicher annehmen, daß es mit der Erfüllung der französischen Pläne noch gute Weile hat.

Bulgarien.

Sofia, 20. Februar. Die neue Regierung hat nunmehr ihre Absichten und Pläne in ein Programm zusammengefaßt, das — wenn auch nicht in allen Theilen ausführbar — doch im In- und Auslande Billigung und Zustimmung erfahren wird, weil es durchwegs den Kurs auf „innere Ausbildung und wirthschaftliche Erstarkung des Landes" richtet. Die Hauptpunkte dieses, auf einer unlängst abgehaltenen Versammlung der nunmehr vereinigten Radoslawowisten und Stambulowisten beschlossenen Programms sind: Einhaltung der Verfassung, ehrliche Verwaltung, freie Wahlen, Regelung des Budgets, sodaß die ordentlichen Ausgaben in genauen Einklang mit den thatsächlichen Einnahmen gebracht werden, Einstellung der unzeitgemäßen Verkehrsbauten, grundsätzliche Vermeidung von öffentlichen Arbeiten, für die das erforderliche Geld nicht thatsächlich vorhanden ist, und Erhaltung guter auswärtiger Beziehungen zu Jedermann. Vermissen könnte man in diesem durchaus vernünftigen Programm höchstens eine Erklärung über entschiedene Abweisung aller macedonischen Ruhestörungen und den Entschluß, zum kräftigsten Mittel der wirthschaftlichen Gesundung, zur Verringerung der Armee, zu greifen. Allerdings kann man zwischen den Zeilen, die von dem Willen, die guten auswärtigen Beziehungen zu erhalten, handeln, auch die Absicht herauslesen, macedonische Umtriebe abzuwehren, und bezüglich der Verminderung der Wehrmacht geltend machen, daß diese der Zerstörung der nationalen Ideale gleichkäme, an denen selbst eine so beliebte Regierung nicht zu rütteln wagt. Die Einstellung der unzeitgemäßen Bahnbauten soll die Parallelbahn Sarambey-Nova Zagora, die den Anlaß zum Streite wegen der Orientbahn bildete, und die Linie Sofia-Macedonien betreffen, für die der türkische Anschluß jetzt unerreichbar erscheint.

Asien.

Bombay, 21. Februar. Der Sultan von Maskat widerrief die Abtretung einer Kohlenstation an Frankreich in Folge der Drohung des englischen Admirals mit Beschießung. Die englischen Kriegsschiffe „Eclipse", „Sphinx" und „Redbreast" liegen im Hafen. Der Sultan ließ die Proklamation, in welcher er den Widerruf sowie den Grund dafür mittheilt, öffentlich anschlagen und gab eine gleichlautende Erklärung auch im öffentlichen Durbar ab. Der französische Konsul erhob Protest. In Maskat herrscht völlige Ruhe. Von den Eingeborenen wurde die Proklamation beifällig aufgenommen.

Peking, 21. Februar. Die Schwierigkeiten, welche sich anläßlich der Entlassung des Direktors der nördlichen Eisenbahn Hu über die Frage des Direktoriums der Eisenbahn ergeben haben, haben jetzt fast den Charakter einer Krisis angenommen. Der britische Gesandte Mc Donald, dessen Depesche an das Tsung-li-Yamen, in welcher er erklärte, daß eine Aenderung im Direktorium nur mit Zustimmung der Hongkong and Shanghai Banking Korporation erfolgen könne, bisher noch ohne Antwort geblieben ist, wird umgehend ein weiteres Telegramm an das Tsung-li-Yamen richten, in welchem er auf einer unparteiischen Untersuchung der gegen Hu erhobenen Beschuldigungen besteht.

In Hankau hat man einen neuen Geheimbund entdeckt, welcher sich „Ying-Hsiung-Huei" („Bund der Helden") nennt. Die Gesellschaft erstreckt sich über die Provinzen Hunan und Hiongsi und zählt bereits über fünftausend Mitglieder. Sie ist entstanden aus der älteren Kolao Hui, deren jüngere Mitglieder zu der neuen Vereinigung übergetreten sind. Alle Bündler schworen einen furchtbaren Eid, für das Ziel — den Sturz der Mandschu-Dynastie — bis zum Tode zu wirken. Vier der Rädelsführer wurden enthauptet, mehrere hundert sind verhaftet.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin,** 22. Februar. Der Verein ehemaliger Ottoschüler veranstaltete gestern im Saale der Randower Molkerei einen Vortragsabend, für den als Redner Herr Rektor Garbs gewonnen worden war, leider hatte derselbe in letzter Stunde absagen müssen, doch war mit liebenswürdigem Entgegenkommen Herr Lehrer Godow in die Lücke eingetreten. Letzterer machte die Anwesenden mit einem interessanten Büchlein, der Gedichtsammlung von Johanna Ambrosius, bekannt. Es haftet dieser Poesie ein gesunder Erdgeruch an, schlicht und einfach, dabei aber in schöner Form bieten sich die geistigen Erzeugnisse dieser Dichterin aus dem Volke dar. Die Zuhörer folgten der Rezitation mit sichtlichem Interesse und dankten dem Vortragenden durch lebhaften Beifall.

— Zur Vorfeier des 50jährigen Stiftungsfestes der Pommerschen Gastwirthe-Vereinigung wird, wie schon mitgetheilt, am Montag im Bellevuetheater eine Fest-Vorstellung veranstaltet, Herr Direktor Resemann hat sich bereit erklärt, in dieser Vorstellung persönlich mitzuwirken, und ist der humorvolle Schwank „Großmama" zur Aufführung bestimmt.

— Nach dem deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif Theil I vom 1. April v. J. ist bestimmt, daß zu den Reisebedürfnissen u. a. auch Fahrräder gerechnet werden. Sofern nun von den Reisenden verpackte Fahrräder aufgegeben werden, welche unzweifelhaft zum persönlichen Gebrauch des Gepäckaufgebers dienen und nicht Gegenstände des kaufmännischen Verkehrs bilden, so werden sie nach wie vor unter Anrechnung von Freigewicht befördert. In gleicher Weise werden unter Anrechnung von Freigepäck verpackte Fahrräder befördert, wenn sie Waarenproben (Muster) sind, welche Geschäftsreisende in Ausübung ihres Geschäfts mit sich führen und welche nach der Verpackungsart als Proben erkennbar sind. Sofern indessen zerlegte Fahrräder oder Theile von Fahrrädern unverpackt aufgegeben werden sollten, sind sie nicht als Reisegepäck anzusehen und dürfen überhaupt nicht angenommen werden, weil Reisegepäck überhaupt nicht unverpackt angenommen wird. Werden zerlegte Fahrräder oder Theile von Fahrrädern verpackt aufgegeben, so können sie nach dem Ermessen des abfertigenden Beamten zur Beförderung als Reisegepäck angenommen werden, Freigewicht wird jedoch nicht gewährt. Für unverpackte einsitzige Zweiräder darf in Gemäßheit der neuen Zusatzbestimmung zu § 30 der Verkehrsordnung Freigewicht nicht gewährt werden.

— Nachdem auch in der jetzigen Tagung die verschiedensten Anträge auf Ausdehnung der Sonntagsruhe an den Reichstag gelangt sind, so von Droschkenkutschern, von Barbieren u. s. w., darf darauf aufmerksam gemacht werden, daß von den verbündeten Regierungen eine Aenderung der auf die Sonntagsruhe bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung zur Zeit nicht in Aussicht genommen ist.

— Die im Jahre 1900 in Paris stattfindende Weltausstellung veranlaßt schon gegenwärtig viele Arbeitskräfte aus allen Theilen Deutschlands, nach Paris zu reisen, um dort Arbeit zu suchen. Da jedoch der Andrang von Arbeitsuchenden nach Paris sehr groß ist, so gehen die Hoffnungen dieser Personen auf Erwerb häufig nicht in Erfüllung. In Folge dessen gerathen viele derselben, zumal ihnen zumeist alle Geldmittel fehlen und sie der Landessprache nicht mächtig sind, in eine äußerst bedrängte Lage. Völlig mittellosen und der französischen Sprache ganz unkundigen Personen muß daher von unüberlegter Uebersiedelung nach Paris abgerathen werden.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,50, Filet 1,90, Vorderfleisch 1,20 Mark; Schweinefleisch: Karbonade 1,60, Schinken 1,40, Bauch 1,30 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,80, Keule 1,60, Vorderfleisch 1,20 Mark; Hammelfleisch: Kotelettes 1,50, Keule 1,40, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck (ausgewogen) 1,90 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pf. billiger.

* Im Gewahrsam der Kriminalpolizei befindet sich ein Opernglas in schwarzem Futteral und grünem Handtäschchen, das bei einer Haussuchung als muthmaßlich gestohlen beschlagnahmt worden ist.

* Durch mißbräuchliche Benutzung des Feuermelders in der Kronenhofstraße, Ecke Wrangelstraße, wurde heute früh eine Allarmirung der Feuerwache veranlaßt. Leider konnte der Unfugstifter nicht ermittelt werden.

* In Arnimswalde bei Bergland wurde letzte Nacht ein dem Schneidermstr. Stellmacher gehöriges Wohnhaus durch Feuer zerstört.

Stadttheater.

Madame Elena de Tériane stellte sich gestern als „Leonore" im „Troubadour" vor, einer Partie, welche sie hier bisher nicht gesungen hatte, und diesem Umstand war es wohl zuzuschreiben, daß das Haus etwas besseren Besuch zeigte. Die „Leonore" gehört jedoch nicht zu den Rollen, welche der Künstlerin vortheilhaft liegen, dies machte sich besonders im ersten Akte bemerkbar, aber trotzdem bot sie eine Leistung, welche volle Anerkennung verdiente und der Sängerin auch lebhaften Beifall brachte, die Koloraturen waren klar, der Vortrag gewandt und sicher und in den Scenen, in denen Mad. Tériane Gelegenheit hatte, ihr ausgeprägtes Temperament zu entwickeln, da erzielte sie eine tiefe Wirkung. Seinen guten Tag hatte Herr Hübner als „Manrico", auch Frl. Neisch (Azucena) und Herr Marsano (Graf Luna) verdienten volle Anerkennung. Der Gesamteindruck war — einige bedenkliche Schwankungen im Orchester abgerechnet — der beste. — Am gestrigen Abend war aber auch quantativ etwas geboten, denn dem „Troubadour" folgte noch „Cavalleria rusticana", worin Mad. Tériane die „Santuzza" sang. Trotz der späten Stunde hielten auch wir mit dem Publikum aus, um die Sängerin in dieser Partie zu bewundern, sie giebt darin unzweifelhaft das Beste, was sie an Gesang und leidenschaftlicher, realistischer Darstellung zu geben vermag, und dies war eine solche Fülle des Guten, daß der begeisterte Beifall wohl erklärlich war. — —

Aus den Provinzen.

*** **Gartz a. O.,** 21. Februar. Die städtischen Behörden haben sich bereit erklärt, auf Kosten der Stadt eine Kaserne zu erbauen, falls dadurch die Wiederverlegung von Militär in unsere Stadt erreicht würde.

△4 **Greifenberg,** 21. Februar. Um auch hier die Werning'schen Kriegsfestspiele zur Aufführung zu bringen, hatte sich der Unternehmer mit dem Patriotischen Kriegerverein in Verbindung gesetzt und der Vorsitzende desselben, Herr Landrath Dr. v. Thadden, eine Anzahl Herren aus Stadt und Land zu einer Vorbesprechung eingeladen, in welcher ein Festausschuß gewählt wurde, an dessen Spitze Herr Oberlehrer Dr. Jancke steht. Zu den Spielen sind 45 Herren, 15 Damen und 12 Kinder von 4—12 Jahren nothwendig, die in den Aufführungen mitwirken müssen und hier ausfindig gemacht werden sollen. Die Aufführungen sollen im Saale des Hotel Holz stattfinden und am Sonntag, den 26. d. M., beginnen und werden sieben Aufführungen stattfinden. Die Ueberschüsse, die nach Abzug der Kosten verbleiben, sollen zu Wohlthätigkeitszwecken Verwendung finden. Da in den Städten, wo diese Festspiele stattfanden, der Andrang des Publikums über alles Erwarten groß war, so ist anzunehmen, daß dies auch hier der Fall sein wird, umsomehr, als in den umliegenden nahen Städten keine Aufführungen stattfinden, in diesen aber die Kriegervereine, Schulen 2c. von hier aus zu besonderen Vorstellungen eingeladen werden, die zu den Bahnzügen passend anzusetzen sind.

S. **Dramburg,** 21. Februar. Für das Jahr 1899—1900 sind die Kommunalsteuern bei der Einkommensteuer auf 185 Prozent, bei der Grund- und Gebäudesteuer auf 170 Prozent festgesetzt.

F. **Greifswald,** 21. Februar. Die hiesige Studentenschaft veranstaltet morgen Abend dem aus seinem hiesigen Amte scheidenden Geheimen Medizinalrath Professor Dr. H. Pernice einen Fackelzug. — Ueber das Vermögen des hiesigen Töpfermeisters Karl Förster ist das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldefrist 31. März.

Gerichts-Zeitung.

Berlin, 22. Februar. Die Untersuchung in der Spieleraffaire wird jedenfalls in drei Wochen ihren Abschluß finden. Gestern fand abermals eine umfangreiche Vernehmung eines früheren Klubmitgliedes statt.

Posen, 21. Februar. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Chefredakteur der „Posener Zeitung", E. Goldbeck, wegen Beleidigung des Oberpräsidenten, begangen durch einen Artikel in der „Posener Zeitung", betitelt „Die starke Regierung" zu 2 Monaten Gefängniß und Tragung der Kosten. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate beantragt. Oberpräsident Freiherr von Wilamowitz-Möllendorff wurde als Zeuge vernommen. Der Prozeß hatte schon durch die ungewöhnliche Abkürzung aller Fristen Aufsehen erregt. Das scharfe Urtheil wird dieses Aufsehen erhöhen. Das Gericht ist zu der schweren Verurtheilung, wie es scheint, durch den eigenthümlichen, unleugbar sehr sensationellen und auf das Pikante gestimmten Ton des Artikels veranlaßt worden. Es wurde darin ausgeführt: Nach dem bekannten Ministerbesuch in Posen sei es Pflicht des Oberpräsidenten gewesen, die Initiative zu einer Reform der wirthschaftlichen Verhältnisse zu ergreifen; statt dessen habe er unthätig bei Seite gestanden und den Regierungsmaßnahmen sogar in vielen Dingen passiven Widerstand entgegengesetzt.

Leipzig, 21. Februar. Im Prozeß gegen den Herausgeber der „Zukunft" Maximilian Harden in Berlin wegen Majestätsbeleidigung hat das Reichsgericht sowohl die Revision des Staatsanwalts wie die Hardens verworfen.

Vermischte Nachrichten.

— Zu dem jüngsten Gerücht über die Expedition Andrees hat das russische Ministerium des Aeußern vom Gouverneur in Jenisseisk folgende aus Krasnojarsk von Montag datirte Depesche erhalten: Die Mittheilungen des Blattes „Jenissei" bezüglich der Expedition Andrees haben sich, wie die von dem Inspekteur der Minen vorgenommene Untersuchung an Ort und Stelle ergab, nicht bestätigt.

— Die „Fr. Z." meldet aus Konstantinopel: Der Sultan hat von seiner kürzlich verstorbenen Großtante, der Prinzessin Adile, eine Million Pfund geerbt.

— [Von russischen Grenzsoldaten erschossen.] Am Sonntag Vormittag wurde an der Dreikaiserecke in Myslowitz ein Mann von einem russischen Grenzsoldaten erschossen. Es handelt sich hierbei nicht um einen Schmuggler, sondern um einen harmlosen Spaziergänger. Der 19jährige Arbeiter Kollenda aus der Umgegend von Nifka befand sich am Sonntag auf dem Kirchgang nach Nifka. Bei dieser Gelegenheit unternahm er mit zwei Freunden einen Spaziergang auf die Modrzejower Rustikalwiesen. Hierbei kamen die Spaziergänger in die Nähe des Grenzflusses Przemsa. Wie nun verschiedene Personen beobachtet haben, sprang plötzlich aus einer Bodenvertiefung ein Grenzsoldat hervor und stieß den Kollenda mit dem Kolben nieder; Kollenda erhob sich und flüchtete, ebenso seine beiden Begleiter. Der Soldat schoß den Flüchtigen nach und traf den Kollenda, der sofort todt zusammenbrach. Den beiden anderen jungen Leuten gelang es, zu entkommen. Die Leiche des Erschossenen lag am Montag Mittag noch am Thatort, unweit des alten Friedhofs bei Modrzejewo, mit Stroh bedeckt und von einem Posten bewacht. Es wird vermuthet, daß der russische Grenzsoldat geglaubt hat, Leute vor sich zu haben, die die Absicht hätten, unbefugt die Grenze zu überschreiten. Eine eingehende Untersuchung ist sofort eingeleitet worden; der Erschossene ist preußischer Staatsangehöriger.

Münster i. W., 20. Februar. In seiner Wohnung erschossen hat sich hier der Oberleutnant Schulze vom Trainbataillon Nr. 7. Derselbe wurde noch lebend aufgefunden, verschied jedoch, obgleich ärztliche Hülfe sofort in Anspruch genommen war, nach einigen Stunden.

Adelaide, 18. Februar. (Voss. Ztg.) Die öffentliche Meinung der Kolonien ist auf das lebhafteste in Anspruch genommen durch eine Reihe von Verbrechen ganz außerordentlicher Art; alle übrigen Fragen treten augenblicklich dagegen zurück. In der Nacht zum 27. Dezember wurden in einem Wattlegehölz bei Gatton (Queensland) drei Geschwister Murphy, Glieder einer hochangesehenen Familie, auf eine grauenhafte Weise verstümmelt und ermordet; es war ein junger Mann von 29 und zwei Mädchen von 18 und 27 Jahren. Die ganze Kolonie gerieth in Aufregung, Militär, Polizei und Trackers (schwarze Spurfinder) wurden aufgeboten, der Bezirk Gatton glich einem Feldlager, 10 000 Mark Belohnung sollte jeder bekommen, der den Behörden auch nur die rechte Fährte zeigen konnte, Straflosigkeit wurde jedem Theilnehmer des Verbrechens zugesichert, sofern er die Mörder anzeigte und nicht selbst einer der Thäter war. Bis heute ist alles Forschen und Suchen vergeblich gewesen, und der Bevölkerung hat sich eine so hochgradige Erregung bemächtigt, daß niemand sich Abends auf die Straße wagt; der Gouverneur hat, um seine durch die Tragödie hochgradig überreizte Gemahlin zu beruhigen, eine doppelte Postenkette um seine Wohnung aufstellen lassen. — Eine grausige Entdeckung machte man um dieselbe Zeit auf dem Yarrafluß in der Nähe von Melbourne. Es fand gerade eine Ruderregatta statt, als man einen auf dem Wasser schwimmenden sargähnlichen Kasten gewahrte. Er wurde mittels eines Bootshakens eingeholt und nun sah man, daß zwei Beine aus dem geborstenen Sarge herausragten. Der Fund wurde an Land geschafft, und die Polizei fand die Leiche einer sehr hübschen Frau von etwa 30 Jahren in dem Kasten. Spuren äußerer Gewalt fehlten, auch ergab die Sektion keinen bestimmten Anhalt für die Todesart. Der Leichnam wurde nun sorgfältig präparirt und öffentlich ausgestellt, um erst einmal die Persönlichkeit zu ermitteln. Viele Tausende strömten herbei, aber wochenlang blieb der Schleier ungelüftet. Jetzt endlich kommt Licht in die Angelegenheit und leider scheinen Deutsche die Hauptbetheiligten zu sein. Sie dienten einem jungen Engländer Namens Tod, dem die Ermordete unbequem geworden war, als Werkzeug. Ledebur heißt das saubere Ehepaar. — Größer als jetzt kann die Unsicherheit und die Zahl der Verbrechen nicht gewesen sein, als die Bevölkerung noch aus lauter Deportirten bestand; in allen Kolonien haben in jüngster Zeit die Polizeikräfte außerordentlich vermehrt werden müssen.

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 21. Februar. [Neueste Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie.]

„Armenia", auf der Heimreise, 18. Februar Gibraltar passirt. „Auguste Viktoria", 20. Februar in Alexandrien. „Arkadia", von Hamburg via Plymouth nach Newyork und Portland (Maine), 20. Februar Kuxhafen passirt. „Askania", 17. Februar von St. Thomas via Havre nach Hamburg. „Asturia", auf der Heimreise, 18. Februar in Port Said. „Bengalia", 19. Februar in Baltimore. „Brasilia", von Newyork nach Hamburg, 18. Februar Kuxhafen passirt. „Canadia", 18. Februar in St. Thomas. „Castilla", von Hamburg via Kingston nach Colon, 19. Februar Kuxhafen passirt. „Cheruskia", von St. Thomas, 20. Februar in Hamburg. „Deike Rickmers", von Stettin nach Newyork, 20. Februar in St. Johns. „Dorothea Rickmers", auf der Heimreise, 18. Februar von Penang. „Georgia", 19. Februar in Montevideo. „Helvetia", 19. Februar in Colon. „Hercynia", von St. Thomas, 20. Februar in Hamburg. „Patria", 20. Februar in Newyork. „Pennsylvania", von Hamburg nach Newyork, 21. Februar in Plymouth. „Polynesia", von St. Thomas, 18. Februar in Hamburg. „Sardinia", 18. Februar in St. Thomas. „Sarnia", auf der Heimreise, 20. Februar von Singapore. „Savoia", von Hamburg nach Ost-Asien, 18. Februar Kuxhafen passirt. „Sicilia", von Buenos Aires nach Genua, 17. Februar in Barcelona. „Sophie Rickmers", 18. Februar in Philadelphia. „Strathtay", 19. Februar in Portland (Maine).

Börsen-Berichte.

Stettin, 22. Februar. Wetter: Bewölkt. Temperatur + 5 Grad Reaumur. Nachts — 2 Grad Reaumur. Barometer 771 Millimeter. Wind: NW.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko ohne Faß 70er 39,00 bez.

Landmarkt.

Weizen 154,00 bis 156,00. Roggen 138,00 bis 141,00. Gerste 134,00 bis 138,00. Hafer 130,00 bis 134,00. Heu 1,75 bis 2,25. Stroh 22 bis 24. Kartoffeln 36 bis 42 per 24 Zentner.

Berlin, 22. Februar. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 40,00, loko 50er amtlich —,—.

London, 22. Februar. Wetter: Schön.

Berlin, 22. Februar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	101,40
do. do. 3½%	101,60
do. do. 3%	93,00
Dtsch. Reichsanl. 3%	93,00
Pom. Pfandb. 3½%	99,25
do. do. 3%	90,60
do. Neul. Pfd. 3½%	98,90
3% neuländ. Pfdbr.	90,20
Centrallandschaft-Pfandbr. 3½%	100,00
do. 3%	90,00
Italienische Rente	96,00
do. 3% Eisb.-Obl.	30,25
Ungar. Goldrente	100,60
Rumän. 1881er am. Rente	101,20
Serb. 4% 95er Rente	62,00
Griech. 5% Goldr. von 1890	44,20
Rum. am. Rente 4%	92,75
Mexikan. 6% Goldr.	100,20
Oesterr. Banknoten	169,50
Russ. Bankn. Cassa	216,25
do. do. Ultimo	—,—
Gr. Russ. Zollcoup.	324,10
Franz. Banknoten	81,15
National-Hyp.-Cred.-Ges. (100) 4½%	—,—
do. (100) 4%	—,—
do. (100) 4%	—,—
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Em.	101,00
Stett. Vulc.-Aktien Lit. B.	228,00
Stett. Vulc.-Prior.	228,00
Stett. Straßenbahn	174,00
Petersburg kurz	—,—
Warschau kurz	216,00

London kurz	—,—
London lang	—,—
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Berl. Dampfmühlen	128,75
Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	112,50
Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier	438,00
„Union", Fabr. chem. Produkte	150,75
Varziner Papierfabr.	204,00
Stöwer, Nähmasch. u. Fahrrad-Werke	160,00
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,25
3½% Hamb. Hyp.-B. unk. b. 1905	99,00
Stett. Stdtanl. 3½%	—,—

Ultimo-Kourse:

Disc.-Commandit	201,50
Berl. Handels-Ges.	167,20
Oesterr. Credit	231,30
Dynamite Trust	180,50
Bochumer Gußstahlf.	241,10
Laurahütte	220,90
Harpener	183,25
Hibernia, Bergw.-Gesellschaft	191,10
Dortm. Union Lit. C.	112,75
Ostpreuß. Südbahn	95,00
Marienburg-Mlawkabahn	83,00
Norddeutscher Lloyd	115,80
Lombarden	30,80
Franzosen	153,80
Luxemburg. Prince-Henribahn	103,10

Tendenz: Still.

Paris, 21. Februar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

	21.	20.
3% Franz. Rente	102,92	102,87
5% Ital. Rente	96,32	96,20
Portugiesen	26,90	26,90
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	—,—
4% Rumänier	93,85	93,85
4% Russen de 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	—,—	—,—
3½% Russ. Anl.	—,—	100,60
3% Russen (neue)	95,30	95,40
4% Serben	61,50	62,00
4% Spanier äußere Anleihe	55,60	55,00
Convert. Türken	23,85	23,85
Türkische Loose	118,00	118,00
4% türk. Pr.-Obligationen	490,00	—,—
Tabacs Ottom.	290,00	290,00
4% ungar. Goldrente	—,—	101,60
Meridional-Aktien	725,00	727,00
Oesterreichische Staatsbahn	769,00	775,00
Lombarden	171,00	172,00
B. de France	3910	3920
B. de Paris	978,00	976,00
Banque ottomane	578,00	578,00
Credit Lyonnais	894,00	890,00
Debeers	727,00	722,00
Langl. Estrat.	102,50	103,00
Rio Tinto-Aktien	1007	1006
Robinson-Aktien	266,50	265,00
Suezkanal-Aktien	3615	3602
Wechsel auf Amsterdam kurz	205,87	205,87
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,12	122,25
do. auf Italien	7,25	7,12
do. auf London kurz	25,17	25,17
Cheque auf London	25,19	25,19
do. auf Madrid kurz	384,00	384,00
do. auf Wien kurz	207,00	207,00
Huanchaca	61,50	63,00
Privatdiskont	$2^7/_8$	$2^7/_8$

Hamburg, 21. Februar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 30,50 G., per Mai 31,00 G., per September 32,00 G., per Dezember 32,50 G.

Hamburg, 21. Februar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Februar 9,75, per März 9,72½, per Mai 9,80, per August 10,00, per Oktober 9,37½, per Dezember 9,35. Stetig.

Bremen, 21. Februar. (Börsen-Schlußber.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 6,95 B. Schmalz weichend. Wilcox in Tubs 27¾ Pf., Armour shield in Tubs 27¾ Pf., andere Marken in Doppel-Eimern 28½—29 Pf. — Speck niedriger. Short clear middl. loko 26½ Pf. — Reis sehr fest. — Kaffee ruhig. — Baumwolle träge. Upland middl. loko 32¼ Pf.

Amsterdam, 21. Februar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine ruhig, do. per März 178,00, per Mai —,—. Roggen loko —,—, do. auf Termine beh., per März 140,00, per Mai 134,00, per Oktober 125,00. Rüböl loko —,—, per Mai —,—, per Oktober —,—.

Amsterdam, 21. Februar. Java-Kaffee good ordinary 31,00.

Amsterdam, 21. Februar. Bancazinn 63,37.

Antwerpen, 21. Februar, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19,00 bez. u. B., per Februar 19,00 B., per März 19,12 B., per April 19,12 B. Ruhig.

Schmalz per Februar 68,50.

Antwerpen, 21. Februar. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Paris, 21. Februar. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 28,25 bis 29,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Februar 30,00, per März 30,12, per Mai-August 30,87, per Oktober-Januar 29,25.

Paris, 21. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Februar 22,30, per März 21,55, per März-Juni 21,35, per Mai-August 21,35. Roggen ruhig, per Februar 14,35, per Mai-August 14,25. Mehl ruhig, per Februar 44,60, per März 45,05, per März-Juni 45,10, per Mai-August 45,10. Rüböl ruhig, per Februar 49,25, per März 49,25, per März-April 49,50, per Mai-August 50,25. Spiritus ruhig, per Februar 44,75, per März 44,75, per Mai-August 44,25, per September-Dezember 40,75. — Wetter: Schön.

Havre, 21. Februar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Februar 36,50, per März 36,75, per Mai 37,25. Ruhig.

London, 21. Februar. 96% Javazucker loko 11,37 ruhig, Rüben-Rohzucker loko 9,62 Käufer fest.

London, 21. Februar. Chili-Kupfer 71,75, per drei Monate 71,75.

London, 21. Februar. Kupfer Chilibars good ordinary brands 71 Lstr. 18 Sh. — d. Zinn (Straits) 106 Lstr. 5 Sh. — d. Zink 28 Lstr. — Sh. — d. Blei 14 Lstr. 2 Sh. 6 d. Roheisen Mixed numbres warrants 54 Sh. 8 d.

Liverpool, 21. Februar. Getreidemarkt. Weizen ruhig aber stetig, Mehl unverändert, Mais ¼ d. niedriger. — Wetter: Schön.

Hull, 21. Februar. Getreidemarkt. Weizen träge, Preise unverändert. — Wetter: Kalt.

Glasgow, 21. Februar. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 54 Sh. 6½ d. Warrants Middlesborough III. 47 Sh. 8 d.

Newyork, 21. Februar, Abends 6 Uhr.

	21.	20.
Baumwolle in Newyork	$6^9/_{16}$	$6^9/_{16}$
do. Lieferung per März	—,—	6,25
do. Lieferung per Mai	—,—	6,24
do. in Neworleans	6,00	6,00
Petroleum, raff. (in Cases)	8,15	8,15
Standard white in Newyork	7,40	7,40
do. in Philadelphia	7,35	7,35
Credit Calances at Oil City	115,00	115,00
Schmalz Western steam	5,45	5,45
do. Rohe und Brothers	5,65	5,65
Zucker Fair refining Moscovados	3,87	$3^{13}/_{16}$
Weizen kaum stetig.		
Rother Winterweizen loko	85,87	86,12
per Februar	—,—	—,—
per März	82,37	83,00
per Mai	77,37	77,62
per Juli	75,62	75,87
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,50	6,50
per März	5,40	5,45
per Mai	5,55	5,60
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,85	2,85
Mais stetig,		
per März	—,—	—,—
per Mai	40,50	40,62
per Juli	41,25	41,25
Kupfer	18,50	18,50
Zinn	24,00	24,00
Getreidefracht nach Liverpool	1,25	1,25

Chicago, 21. Februar.

	21.	20.
Weizen kaum stetig, per März	—,—	—,—
per Mai	73,12	73,12
Mais stetig, per Februar	34,25	34,25
Pork per Februar	9,35	9,15
Speck short clear	5,00	4,87½

Wasserstand.

* **Stettin,** 22. Februar. Im Revier 5,65 Meter = 18′ 16″.

Telegraphische Depeschen.

Brüssel, 22. Februar. „Independance" veröffentlicht einen interessanten Artikel seines Spezialkorrespondenten in Paris, derselbe hatte eine Unterredung mit einem in Parlamentsangelegenheiten vortrefflich unterrichteten alten Republikaner, der auf die Frage, ob ein Staatsstreich in Frankreich bei dem jetzigen Parlament möglich sei, antwortete, er sei überzeugt, daß sich von den 582 Abgeordneten 300 finden würden, die sich neutral hielten, folglich zustimmend verhalten würden. Von der klerikalen boulangistisch-orleanistischen Koalition sei ein Versuch nicht unwahrscheinlich, würde aber zweifelsohne an dem Widerstande der Republikaner scheitern und hätte zur ersten Folge eine Erneuerung der Ereignisse von 1793 im größeren Maßstabe.

Paris, 22. Februar. Ueber den Ausgang der Dreyfus-Angelegenheit herrscht in politischen Kreisen große Unklarheit. Sicher erscheint einstweilen nur, daß das Gesetz betreffend den Kassationshof auch im Senat durchgehen wird. Die Dreyfus-Partei mißt diesem Gesetze keinerlei Bedeutung mehr bei. Es scheint, daß die Untersuchung der Strafkammer solche zwingenden Beweise für die Unschuld des Dreyfus ergeben hat, daß selbst der gesamte Revisionshof genöthigt sein wird, die Revision zu verfügen. Wahrscheinlich wird Dreyfus vor ein neues Kriegsgericht verwiesen und da außer dem Bordereau kein einziges Beweismittel für den Verrath des Dreyfus vorliegen soll, so wird das Kriegsgericht eine Freisprechung fällen müssen. Andererseits ist es aber wahrscheinlich, daß die Frage nach jenen, die für die begangenen Irrthümer und Gesetzesübertretungen verantwortlich sind, für immer unbeantwortet bleibt. An die Verhinderung der Revision durch irgend welche Gewaltthat mag Niemand mehr recht glauben, die Generale sind einzig und allein dagegen und die Prätendenten nicht populär, wenngleich die Bonapartistenpartei sich gehörig rührt und über Geldmittel von mehreren Millionen verfügt, wird Prinz Viktor den Weg nach Paris schwerlich finden.

Paris, 22. Februar. Guesde, Führer der kollektivistischen Partei, liegt in Bordeaux schwer krank darnieder. Man zweifelt an seinem Aufkommen.

London, 22. Februar. Esterhazy ist aus dem Haag hier eingetroffen und wird sich dauernd hier niederlassen.

London, 22. Februar. „Daily News" meldet aus Petersburg: Die Botschaft des Präsidenten Loubet habe dort wenig Befriedigung hervorgerufen. Die öffentliche Meinung sei der Ansicht, daß Loubet für die russisch-französische Allianz kein guter Präsident sei und daß Loubet die russischen Werthe von der Pariser Börse zu verbannen beabsichtige.